

, URL: <http://www.swp.de/goeppingen/lokales/goeppingen/art5583,757478,A>

Autor: HELGE THIELE | 08.12.2010

Gönner: "Ich sehe viel Trennendes"

Göppingen. Tanja Gönner ist 41 Jahre jung, aber längst Vollblutpolitikerin. Im NWZ-Gespräch erklärt die christdemokratische Umwelt- und Verkehrsministerin des Landes, warum sie nichts von einer schwarz-grünen Koalition hält.



Tanja Gönner macht schon fleißig Wahlkampf - vor allem auf die Grünen ist die Umwelt- und Verkehrsministerin mit CDU-Parteibuch nicht gut zu sprechen. Foto: Giacinto Carlucci

Der Wahlkampf hat begonnen. Auch im Kreis Göppingen. Zwar wird der neue Landtag erst am 27. März gewählt, doch wenn Politiker in diesen Tagen Stellung nehmen, Hoffnungen ausdrücken oder Forderungen stellen, merkt man: Es geht immer auch um eine möglichst gute Ausgangsposition für jenen Sonntag im Frühjahr. Tanja Gönner macht da keine Ausnahme. Die dynamisch und burschikos auftretende CDU-Politikerin aus Bingen bei Sigmaringen ist baden-württembergische Umwelt- und Verkehrsministerin.

Bei ihrem Besuch in der NWZ-Redaktion - begleitet wird Gönner von den CDU-Landtagsabgeordneten Dietrich Birk und Nicole Razavi - stellt die Ministerin fest: "Jede demokratische Partei muss in der Lage sein, mit der anderen eine Koalition zu bilden." Doch die 41-Jährige erklärt gleich darauf, weshalb sie einer möglichen Koalition mit den Grünen nach dem Wahltag nichts abgewinnen kann. Sie habe in den vergangenen Wochen und Monaten "viel Trennendes" gesehen. Bei den Schlichtungsrunden zu Stuttgart 21, an denen Tanja Gönner auf der Seite der Befürworter des Bahnprojekts teilgenommen hat, sei die Atmosphäre zwar sehr sachlich und das Miteinander in Ordnung gewesen. Aber Gönner ärgert sich über das, was davor und auch "nebenher gelaufen" sei und sieht die Verantwortung für die Emotionalisierung des Konflikts klar bei den Grünen. Es sei nicht in Ordnung, so die Ministerin, dass die Grünen die Straße mobilisierten, "weil sie im Parlament keine Mehrheit haben". Bei den Grünen würden "die Realos zwar gerne nach vorne gestellt, aber die breite Partei wird nach wie vor von den Fundis bestimmt", ist Gönner

überzeugt. Deshalb wüssten die Grünen auch nicht so recht, was sie mit dem Schlichterspruch von Heiner Geißler anfangen sollten.

Froh ist die Ministerin ("Ich habe großen Respekt vor Heiner Geißler, obwohl es nicht immer einfach mit ihm war"), dass sich der von Grünen vorgeschlagene Schlichter "mit großer Klarheit" zum Bau von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke bekannt habe und Geißler "auch keinen Baustopp für nötig hält". Dass die Grünen einen solchen Bau- und Vergabestopp forderten, sei für sie aber klar, "weil das Projekt so immer schwieriger würde".

Tanja Gönner, die sich wünscht, dass der "Geist der Schlichtung, nämlich die Rückkehr zur Sachlichkeit" erhalten bleibt, glaubt nicht, dass Stuttgart 21 an den Kosten scheitern könnte. "Man kann sich auf jeden Fall mit der Bahn noch einmal zusammensetzen, weil uns dieses Projekt so wichtig ist und wir davon überzeugt sind, dass es dem Land wirtschaftliche Vorteile bringt". Zudem gebe es "Sicherheitspuffer" in der Finanzierung.

Dennoch, sagt Gönner, habe sie Verständnis dafür, dass die Menschen das Kostenthema bewege, "weil ihr Verhältnis zur Milliarde durch die Finanz- und Wirtschaftskrise ein Neues geworden ist". Experten sagten jedoch für Baden-Württemberg eine zusätzliche Wirtschaftskraft von 500 Millionen Euro pro Jahr voraus, wenn Stuttgart 21 gebaut werde. Ganz zu schweigen von der Jobsicherheit für viele Menschen im Land und den zu erwartenden Steuereinnahmen, die zurückfließen, betont Gönner. Was den Kreis Göppingen betrifft, sieht die Ministerin durch den Bau der Neubaustrecke "große Chancen für eine S-Bahn mit sinnvoller Taktung", weil im Filstal Trassenkapazitäten frei würden. Nachteile für den Kreis bei der Anbindung an den Fernverkehr befürchtet Gönner nicht. "Ich gehe davon aus, dass die Bahn das Interesse hat, dass möglichst viele Menschen am Fernverkehr teilnehmen".

Für Umweltministerin Tanja Gönner ist klar, "dass wir die Lehren aus Stuttgart 21 ziehen werden". Als Beispiel nannte sie den Vorschlag von Ministerpräsident Stefan Mappus, dass der Planung von Großprojekten künftig ein Mediationsverfahren vorangestellt wird. Gönner kündigte dazu die Einrichtung einer Enquête-Kommission in der nächsten Legislaturperiode an. Das Gremium soll sich mit der Stärkung der Bürgerbeteiligungsformen beschäftigen.

Copyright by SÜDWEST PRESSE Online-Dienste GmbH - Frauenstrasse 77 - 89073 Ulm

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung
--